

verbreiteten illusionären Vorstellungen, als ob mit einem „demokratischeren“ Wahlgesetz, mit einem „beseren Bundestag“ usw. allein schon alles erreicht wäre, eher nähren, als ihnen entgegenzuwirken. Es ist demnach offensichtlich, daß die Aufgabe, die wir als marxistische Juristen und Propagandisten zu erfüllen haben, umfassender gestellt und nur lösbar ist, wenn wir die staatlichen und rechtlichen Erscheinungen in der Bundesrepublik, darunter auch den Bundestag und die Wahlen, vor allem zur Rolle und Bedeutung der Volksmassen in Beziehung setzen. Auf diese Weise können wir am wirksamsten dazu beitragen, daß die Arbeiter sowie alle fortschrittlichen Bürger in Westdeutschland, die „von sich aus meist nur einen Teil der Erscheinungen sehen und manches zu eng, zu einseitig auffassen“⁴, die Zusammenhänge besser begreifen, die Perspektiven der Entwicklung richtiger einschätzen, sich ihrer Lage und ihrer eigenen Kräfte bewußt werden und den Kampf dementsprechend noch aktiver und entschlossener zu führen vermögen.

*

I

Wenn die herrschenden Kreise in der Bundesrepublik diesmal vor den Wahlen sorgenvoll feststellen, daß „das proletarische Klassenbewußtsein auch unter dem Wirtschaftswunder noch erstaunlich wach“ geblieben sei⁵, daß es den Massen um mehr gehe als um Lohn und Preis, und wenn sie aus vollem Herzen der These des bekannten amerikanischen Publizisten Walter Lippmann zustimmen, daß die Hauptgefahr von einer „funktionalen Störung des Verhältnisses zwischen der Masse des Volkes und der Regierung“ herrühre⁶, so spiegeln sich darin deutlich die erheblichen Veränderungen wider, welche die Konstellation der gesellschaftlichen Kräfte in der Bundesrepublik während der vier Jahre seit den letzten Bundestagswahlen erfahren hat. „Das Volk wird politisch reifer, und es ist schwerer, es zu betrügen“⁷.

Das Zusammentreffen verschiedener für ihn günstiger Umstände hatte es dem seit der Währungsreform wieder zu einer — wenigstens relativ — eigenständigen Entwicklung gelangten westdeutschen Imperialismus möglich gemacht, zunächst zeitweilig nicht unerhebliche Erfolge in seinem Bemühen zu erzielen, die breiten Massen von einer aktiven Anteilnahme am politischen Geschehen weitgehend fernzuhalten. Insbesondere hatte es die monopolistische Propaganda verstanden, die auf der Grundlage der verhältnismäßig intakt gebliebenen hohen Produktionskapazität, dank des Werte schaffenden Fleißes der arbeitenden Bevölkerung sowie im Ergebnis der 1948 ansetzenden zyklischen Phase wirtschaftlicher Belebung tatsächlich eingetretenen Erleichterungen der allgemeinen Lebenslage⁸ raffiniert zu diesem Zweck auszunutzen. Vor den gefüllten Schaufenstern hatte sie einen angeblich erreichbaren Wohlstand für alle propagiert und bewirkt, daß das Streben nach Verbesserung des individuellen Lebensstandards zum Mittelpunkt des Denkens breiter Schichten der unter dem kriegs- und nachkriegsbedingten Mangel an Gebrauchs- und Konsumgütern leidenden Massen wurde⁹.

⁵ Ulbricht, Rede auf dem Parteitag der KPD 1957, ND vom 30. Juni 1957.

⁶ Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 13. April 1957.

⁷ vgl. Der Arbeitgeber, Heft 7/1957, S. 211.

⁸ N. S. Chruschtschow, Rede vor der Volkskammer der DDR, ND vom 9. August 1957.

⁹ Max Reimann, Die Lehren der Bundestagswahlen und der Kampf der KPD für Frieden, Einheit und Demokratie (Referat auf der 11. Tagung des Parteivorstandes der KPD) Berlin 1954, S. 20; ferner Heininger, Zur zyklischen Wirtschaftsentwicklung in Westdeutschland, in Probleme der politischen Ökonomie, Berlin 1957, insbes. S. 145 ff.

¹⁰ siehe hierzu die aufschlußreichen Ausführungen eines jungen Bauarbeiters aus dem Ruhrgebiet auf der Konferenz des Instituts für Wirtschaftswissenschaften bei der Deutschen Akademie der Wissenschaften über „Wirtschaft und Wirtschaftswissenschaften in Westdeutschland“ vom 26. bis 29. Juni 1956, Protokoll, Berlin 1956, S. 138 ff.

Natürlich war es nicht möglich, die zunehmend schärfer hervortretenden Widersprüche zwischen dem reichhaltigen Warenangebot und der sinkenden Kaufkraft der Werktätigen aus der Welt zu schaffen. Aber selbst diese Widersprüche wirkten sich damals noch eher zugunsten der Monopole als gegen sie aus. Indem nämlich das Streben nach materiellen Dingen, die jahrelang hatten entbehrt werden müssen, teilweise so weit ging, daß viele Werktätige von sich aus Überstunden und Feiertagsarbeit bejahten, konnten die Unternehmer durch eine mit allen möglichen Mitteln betriebene ungeheuerliche Arbeitshetze¹⁰ ihre Profite auf Kosten der Arbeiterschaft steigern, ohne daß dies in entsprechender Weise zu massenhaften sozialen Erschütterungen und Kämpfen geführt hätte. Den Löwenanteil dabei trugen die Monopole insofern davon, als sie mittels des ungeheuer aufgeblähten Teilzahlungs-handels erst zukünftig entstehende Massenkaukraft auf die Gegenwart konzentrierten und bei der von ihren Banken vorgenommenen Kreditfinanzierung bedeutende Gewinne erzielten¹¹.

Das im Vergleich zu den ökonomischen Vorteilen für das Regime des westdeutschen Monopolkapitalismus wesentlichere Ergebnis freilich war gewiß die Tatsache, daß erhebliche Teile der werktätigen Bevölkerung infolge ihres „Konsum-orientierten Denkens“ nicht mehr in der Lage waren, die gerade auf diesen Umstand aufgebaute und auf ihn spekulierende politische Demagogie zu durchschauen. Nur so war es möglich, den Massen die Lüge aufzutischen, daß es — jedenfalls „auf lange Sicht gesehen“ — zu einer „Ein-ebnung allzu großer Gegensätze in der materiellen Lebenshaltung der Bürger“ kommen und sich damit „das politische System der formalen Rechtsgleichheit i. S. des materiellen Gleichheitsprinzips“ erweitern würde. Damit sei — so wurde weiter argumentiert — die „Emanzipation des Proletariats... eine weitgehend vollzogene oder sich vollziehende Tatsache ...“. „Jeder Versuch, diesen Prozeß über sich selbst hinaus zu treiben“, müßte nur „die politische Entwicklung auf längst überwundene Stadien zurückwerfen“¹².

Die sich auf das sogenannte „Wirtschaftswunder“ stützende massive Taktik einer Entpolitisierung des Denkens der breiten Massen, der massenweisen Erzeugung einer individualistisch-kleinbürgerlichen Lebensweise wurde nicht zuletzt auch dadurch begünstigt, daß ihr gegenüber diejenigen Kräfte, die den Werktätigen allein einen ihrer Lage entsprechenden politischen Willen hätten vermitteln können, damals nur relativ schwach zur Wirkung zu kommen vermochten. Die Führung des Kampfes durch eine geeinte marxistische Arbeiterpartei war auf Grund der Haltung der SPD-Zentrale nicht möglich geworden. Die KPD wurde von Anfang an in ihrer aktiven politischen Betätigung behindert¹³ und hatte es um so schwerer, den ihrer Massenwirkung vorgelagerten Damm der Voreingenommenheit zu übersteigen, der vom Faschismus aufgeschüttet worden war und den die herrschenden Kreise der Bundesrepublik alsbald weiter auszubauen begonnen hatten. Gegenüber der DDR, die unter viel schwierigeren Ausgangsbedingungen den Kampf um die Schaffung der sozialistischen Grundlagen ihrer Volkswirtschaft führen mußte, wurden die volleren Schaufenster der Bundesrepublik als Beweis für eine angebliche Überlegenheit des monopolkapitalistischen Systems und somit, unter völliger Verdrehung der Tatsachen, zu dieser Zeit

¹⁰ vgl. dazu Max Reimann, Hebung des Klassenbewußtseins und des Patriotismus der Arbeiterklasse (Referat auf der 20. Tagung des Parteivorstandes der KPD) Berlin 1955, S. 29 ff.; ferner Siebert Kahn, Struktur und Entwicklung der Wirtschaft in Westdeutschland nach dem zweiten Weltkrieg, Berlin 1956, S. 42 ff.

¹¹ siehe dazu Krauss, Der Teilzahlungskauf, Berlin 1956, S. 35 ff.

¹² Seidel, Industrialismus und Demokratie, Berlin (W) 1954, S. 60, 79, 112.

¹³ vgl. dazu z. B. NJ 1955 S. 85; nicht zufällig erstreckten sich diese diskriminierenden Maßnahmen vor allem auf die organisierte Zusammenarbeit der konsequent marxistischen Arbeiterparteien in Ost- und Westdeutschland; vgl. dazu Dokumente der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, Bd. 1, Berlin 1952, S. 176 ff.